eine präzise marxistisch-leninistische Interpretation des Verhältnisses der revolutionären Arbeiterbewegung zur bürgerlichen Demokratie. So erklärte er am 7. Juli 1922, „selbst wenn uns auch die heutige demokratisch^ Staatsform nicht genügt, weil wir unter einer demokratischen Staatsform vom Standpunkte der Arbeiterschaft etwas ganz anderes verstehen, als es heute der Fall ist, so sind wir doch verpflichtet und gezwungen, wenn die Reaktion im Kampfe gegen die Arbeiterschaft diese uns nicht genügende Staatsform beseitigen will, mit der gesamten Arbeiterschaft den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen".[6]

Thälmann unterstrich die revolutionäre, sozialistische Perspektive dieses demokratischen Kampfes, von dem er „über den Rahmen dieser demokratischen Staatsform hinaus Erfolge in wirtschaftlicher und politischer. Beziehung"[7] erwartete. Seine Rede am 20. Dezember 1922 nutzte er, um — gestützt auf die Erkenntnisse des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale — auf die brennende Frage einzugehen, wie sich der Kampf um die politische Macht wahrscheinlich entwickeln würde. Er sprach die Überlegung aus, daß das „nicht ein Kampf ist, der sich vielleicht von heute auf morgen abspielt, sondern daß der Kampf sich aller Voraussicht nach etappenweise steigern wird".[6] Hier sah Thälmann die konkrete Aufgabe einer Arbeiterregierung: Da „große Erfolge, wie die Eroberung der Macht, nicht auf einen Hieb durchzuführen sind", seien im Kampf um die Macht auch Teilerfolge anzustreben, „und nur eine sich auf die Massen stützende und im Kampfe des Proletariats sich bildende Arbeiterregierung ... wird die Forderungen durchsetzen, die zur Besserung der Lebenshaltung und der politischen Stellung des Proletariats beitragen".[8][9]

Bereits in der ersten Sitzung nach seiner Wahl in den Reichstag (am 27. Mai 1924) ergriff Ernst Thälmann das Wort. Er nutzte die Debatte über die Tagesordnung, um die Aufmerksamkeit auf die flagrante Mißachtung von Prinzipien der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zu lenken — die Inhaftierung gewählter Reichstagsabgeordneter der KPD — und die Solidarität der Partei mit den proletarischen politischen Gefangenen zum Ausdruck zu bringen.[10] [11] [12] Deren Sache verfocht Thälmann wiederholt von der Tribüne des Reichstags — und immer mit leidenschaftlicher Anteilnahme. Er zeigte, wie kraß parteilich Klassenjustiz geübt wurde: Kapp-Putschisten, Separatisten und Teilnehmer am Hitler-Putsch wurden begnadigt, aber proletarische Kämpfer gegen den Kapp-Putsch, gegen Separatismus und Faschismus blieben eingekerkert. In den Gefängnissen der bürgerlich-demokratischen Weimarer Republik gab es mehr proletarische politische Gefangene als in denen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates unter dem Sozialistengesetz! Diese entlarvenden Tatsachen hielt er den heuchlerischen Lobpreisungen der bürgerlichen Weimarer Demokratie entgegen, fügte sie zu einer unwiderleglichen Anklage gegen den imperialistischen Klassenstaat und dessen antikommunistische Staatsdoktrin.[11]

Beispiele kämpferischer Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten bot Ernst Thälmann auch in der Auseinandersetzung mit Forderungen, die Immunität kommunistischer Abgeordneter aufzuheben. Er wies nach, daß diese Angriffe darauf gerichtet waren, die legale Existenz der kommunistischen Bewegung zu vernichten, um die Möglichkeiten zur konsequenten Verfechtung von Arbeiterinteressen rigoros einzuschränken.[16] Thälmann persönlich war solchen Übergriffen ausgesetzt. Im Juli 1.924 hatte der Reichstag einen entsprechenden Antfag abgelehnt; jedoch wenige Tage nach der Reichstagsauflösung im Oktober 1924 wurden Thälmanns Bild und Steckbrief im Fahndungsblatt veröffentlicht, obwohl er als Mitglied des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung Immunität genoß.[13] [14] [15] Bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags war er gezwungen, illegal zu leben.

In seiner bedeutendsten Reichstagsrede zu innenpolitischen Problemen, die Ernst Thälmann am 20. Januar 1928 in der Haushaltsdebatte hielt, deckte er die Hintergründe der zunehmenden reaktionären Vorstöße auf.[11] Überzeugend arbeitete er den gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen der Offensive gegen die Lebenshaltung und die sozialen Rechte der Massen einerseits und den diktatorischen Bestrebungen des Monopolkapitals andererseits heraus. Er zeigte, daß unter der Flagge einer „Reichs- und Verwaltungsreform" vor allem der gegen die Massen gerichtete Machtapparat gestärkt und schlagkräftiger gestaltet werden sollte, und wies warnend auf die zunehmenden antiparlamentarischen Tendenzen in der imperialistischen Bourgeoisie hin. Nachdrücklich verurteilte er die immer rigoroseren Eingriffe in die Gemeindefinanzen als systematische Untergrabung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese Darlegungen waren von großer Bedeutung für die Orientierung der revolutionären Arbeiterbewegung im Kampf gegen die wachsenden Rechtsgefahren. Sie unterstrichen die Rolle der KPD als Vorhut im Kampf um die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.

Anhand exakter Zahlen enthüllte Thälmann den Klassencharakter der Finanzpolitik des Weimarer Staates und wies mit konkreten Beispielen nach, daß diese monopolkapitalistische Finanzpolitik sich nicht nur gegen die Arbeiterklasse, sondern ebenso gegen die werktätigen Mittelschichten, insbesondere gegen die Klein- und Mittelbauern, richtete. Er erläuterte, daß den Hintergrund dieser Offensive der Monopole deren Bestreben bildete, verstärkt auf dem Weltmarkt vorzustoßen, um zunächst die wirtschaftliche und dann auch die politische Expansion des wiedererstarkten deutschen Imperialismus zu forcieren.

Auch durch gutgezielte Zwischenrufe gelang es Ernst Thälmann immer wieder, den demagogischen Phrasenschleier zu zerfetzen, mit dem die bürgerlichen Politiker ihre hemmungslose kapitalistische Interessenpolitik zu verhüllen suchten, und die Klassenfronten deutlich werden zu lassen. In seinem ganzen Auftreten im Reichstag ging es ihm nicht darum, zu brillieren, auf 'den Gegner Eindruck zu machen, ihm „Anerkennung abzuringen", sondern darum, den Klassenstandpunkt des Proletariats unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, diesen bei jeder zur Verhandlung stehenden Angelegenheit, an jedem Problem, in jeder parlamentarischen Kontroverse deutlich sichtbar zu machen. Deshalb legte Thälmann seine Reden betont sachlich an, konzentrierte er sich darauf, die wesentlichen Argumente der Kommunisten deutlich herauszuarbeiten und sie auf beweiskräftige Fakten zu stützen. Für ihn war es das Wichtigste, klar und überzeugend der Politik der KPD Ausdrude zu geben, wobei er den leisesten Anflug von Demagogie, jegliche Verschleierung des Charakters der Partei für prinzipiell unzulässig hielt: „Eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, darf ihr Ziel und ihre Taktik zum Ziel niemals verleugnen."[16]

Seine Reden im Reichstag waren in erster Linie an die Massen gerichtet, von ihnen sollten sie verstanden werden. Sie sollten es ihnen erleichtern, sich in den komplizierten politischen Vorgängen und Auseinandersetzungen zurechtzufinden. Darum die gründliche Polemik mit den Argumenten der bürgerlichen und sozialreformistischen Politiker, die möglichst eingehende, teilweise minutiöse, am konkreten Fakt vorgenommene Analyse und Wertung der debattierten Vorgänge. Darum der bewußte Verzicht auf verbindliche Floskeln und rhetorische Schnörkel. Thälmann sprach auch im Reichstag wie ein Arbeiter, weil er als Arbeiterführer von Arbeitern verstanden werden, durch seine Ausführungen ihnen Wege zur wirksamen Verfechtung ihrer Interessen weisen wollte. Hier sah er als kommunistischer Parlamentarier seine entscheidende Aufgabe, denn „die Mitarbeit unserer revolutionären Kämpfer im Reichstag kann nur Erfolg haben, wenn sie in Verbindung mit der Aktion der Straße steht".[16]

Obgleich Ernst Thälmann im Reichstag nicht oft das Wort

---

6 Ebenda, S. 92.
7 Ebenda.
8 Ebenda, S. 118 1.
9 Ebenda, S. 119.
10 Vgl. Verhandlungen des Reichstags, II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, Stenographische Berichte (von der I. Sitzung am 27. Mai 1924 bis zur 29. Sitzung am 30. August 1924), Berlin 1924, S. 6.
11 Vgl. ebenda, III. Wahlperiode 1924, Bd. 384, S. 3 f.
12 Vgl. E. Thälmann, Zur Machtfrage, a. a. O., S. 124 ff.
13 Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus,. Zentrales Parteiarchiv, I 2/703/28; I 2/703/46; ferner: Die Rote Fahne vom 30. Oktober 1924.
14 Vgl. E. Thälmann, Zur Machtfrage, a. a. O., S. 180 ff.; ferner: Kommunisten im Reichstag, Reden und biographische Skizzen, Berlin 1980, S. 219 f.
15 E. Thälmann, Zur Machtfrage, a. a. O., S. 128.
16 Hamburger Volks-Zeitung vom 7. Mai 1920.